

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 74

Dienstag, am 29. März 1927

93. Jahrgang

Chronik des Tages.

- Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichskanzler Dr. Marx zum Vortrage.
- In Glauben wird der Beleidigungsprozeß des Außenministers Dr. Stresemann gegen Rechtsanwalt Dr. Müller fortgesetzt.
- Die litauische Regierung hat die Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben.
- Die französische Regierung prüft die Räumung der französischen Konzession in Schanghai.
- Auf das ungarische Kasino in Neusatz in Südslawien wurde ein Bombenanschlag verübt.

Am den deutschen Weinzoll.

Die in Paris geführten deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben zu einer Einigung geführt, und zwar soll das vorläufige, in wenigen Tagen abzulaufende Handelsprovisorium bis zum 30. Juni verlängert werden. Gleichzeitig soll das Provisorium eine Abänderung erfahren, die für die deutsche und französische Wirtschaft von größerer Bedeutung ist. Frankreich kann während der Zeit, für die das Abkommen gilt, ein bestimmtes Weinkontingent zu gleichen Tarifbedingungen wie Italien und Spanien nach Deutschland einführen. Eine Konzession, die für den deutschen Weinbau nicht ohne Gefahr ist! Denn diese Bestimmung hat zur Folge, daß Frankreich seine Weine während der nächsten Wochen zu einem Zollsaß nach Deutschland einführen kann, der etwa die Hälfte des jetzt geltenden ausmacht. Dabei ist zu beachten, daß die französischen Weine den deutschen Winzern größere Konkurrenz machen, als die italienischen und spanischen, die dem deutschen Geschmack weniger zusagen und auch zum Verschnitt nur wenig Verwendung finden.

Selbstverständlich hat Deutschland für diese Konzession ein gleichwertiges französisches Entgelt für andere Waren verlangt. Nach langem Hin und Her hat Frankreich sich schließlich bereit erklärt, für einen größeren Kreis deutscher Industrieerzeugnisse Einfuhrvergünstigungen zuzugestehen. Genauer Einzelheiten über den Kreis der betroffenen Waren sind noch nicht bekannt. Das liegt daran, daß die in Paris getroffenen Vereinbarungen zunächst noch unverbindlichen Charakter tragen und noch von den Regierungen gebilligt werden müssen. Eine Stellung-

nahme der deutschen und der französischen Regierung ist aber umgehend zu erwarten. Der Leiter der deutschen Delegation, Ministerialdirektor Bosse, ist bereits in Berlin eingetroffen, um dem Kabinett die Vereinbarungen zur Entscheidung zu unterbreiten.

Aus den bisherigen Ausführungen geht hervor, daß das Abkommen einer ersten Prüfung bedarf. In den Kreisen des deutschen Weinbaues steht man den Vereinbarungen mit großer Besorgnis gegenüber. Man fürchtet, daß Frankreich in einem kurzen Zeitabschnitt eine erhebliche Menge leichter Weine auf den Markt wirft und dadurch eine Absatzstockung herbeiführt, die umso ernster wäre, als gerade jetzt der Weinbau größere Mittel für die Vorarbeiten in den Weinbergen, für Düngung, Schädlingsbekämpfung u. a. aufwenden muß.

In parlamentarischen Kreisen ist man durchaus der Meinung, daß der deutsche Weinbau in seinen lebensnotwendigen Belangen geschützt werden muß. Andererseits macht man aber auch geltend, daß den Nachteilen beachtliche Vorteile gegenüberstehen. Einfuhrerleichterungen für die deutsche Ausfuhr nach Frankreich bedeuten bessere Absatzmöglichkeiten und Exportgewinne! Kommen diese zunächst auch nur einzelnen Industrien zugute, befruchten sie weiterhin aber auch die übrige Volkswirtschaft, da sie produktionsfördernd wirken, zu Arbeiterentlassungen führen und damit auch die innere Kaufkraft stärken.

Sache der Reichsregierung wird es sein, beide Seiten des Abkommens gegen einander abzuwägen und die Interessen der Ausfuhrindustrie und die der Landwirtschaft gerecht auszugleichen. Weiterhin muß allen Nachteilen, die eine Inkraftsetzung der Vereinbarungen eventuell im Gefolge haben kann, rechtzeitig vorgebeugt werden. Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen gehen überdies weit über den Rahmen sonstiger Handelsverhandlungen hinaus. Sie haben auch erhebliche politische Bedeutung. Ein Scheitern der Wirtschaftsverhandlungen bringt gleichzeitig eine Gefährdung der politischen Verhandlungen mit sich, die ohnehin schon schwer belastet sind und wenig vom Fleck kommen.

Die Reichsregierung wird deshalb die Vereinbarungen mit aller Sorgfalt und Gründlichkeit prüfen, die unter diesen Umständen notwendig ist. Darüber, daß deutschen Konzessionen gleichwertige französische Zugeständnisse gegenüberstehen müssen, ist man sich

in den Kreisen der Regierung und ebenso bei fast allen Parteien einig. Nicht verkannt werden darf ferner, daß das letzte, in Paris vereinbarte Abkommen nur eine Uebergangsregelung darstellt, mit der man für die Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag Zeit gewinnen will.

Chinapanit in Frankreich.

Konflikt mit England. — Die französische Konzession unhaltbar.

Wie aus Paris gemeldet wird, ist man dort über die weitere Entwicklung der Dinge in China äußerst beunruhigt. Die Lage der Franzosen in Schanghai ist allerdings auch wenig rosig. Die französische Konzession grenzt als erste an die Chinesenstadt und wird von dieser an der einen Seite sogar durchschnitten. Wenn eine Verteidigung unter diesen Umständen ohnehin schon schwer ist, wird diese weiterhin noch dadurch erheblich beeinträchtigt, daß

Frankreich nur 4000 Mann in Schanghai unter Waffen hat. Die deshalb mit den Engländern in Schanghai geführten Verhandlungen über eine Verstärkung der französischen Truppen durch englische sind gescheitert, da die Engländer den Oberbefehl verlangten, was die Franzosen jedoch verweigerten. Der Oberbefehlshaber der französischen Truppen hat die Pariser Regierung davon in Kenntnis gesetzt und gleichzeitig die Konzession für unhaltbar erklärt.

Weiterhin fand in Schanghai noch eine diplomatische Konferenz statt, in der beschlossen wurde, die englischen und amerikanischen Truppen in keinem Falle an der Verteidigung der französischen Konzession gebietet teilnehmen zu lassen, da die Ausdehnung und die geographische Lage der französischen Konzession eine wirksame Verteidigung unmöglich machen.

Unter diesen Umständen wird den Franzosen nichts anderes übrig bleiben, als die Konzession zu räumen. In der Pariser Presse ist denn auch offen davon die Rede. Im übrigen bemerkt die französische Presse noch man habe geglaubt, daß die Chinesen zwischen Japan und Engländern einen Unterschied machen würden, sich darin aber arg getäuscht. Nach den letzten Meldungen ist eine baldige Räumung der französischen Niederlassung wahrscheinlich. Die englischen Truppen haben bereits das Gelände zwischen der französischen und der internationalen Niederlassung besetzt.